



5

## Postulat (Art. 61 GRSR)

### Erstunterzeichnende

Sitzplatz-Nr.	Vorname / Name	Partei	Unterschrift
204	Béatrice Wertli	die Mitte	
95	Nicolas Lutz	die Mitte	
69	Salome Mathys	glp	
17	Thomas Hofstetter	FDP	
168	Emanuel Amrein	SP	

Neuausrichtung der Sportförderung in der Stadt Bern: Subjektsubventionen, Wirkungsorientierung und Public-Private-Partnerships

### Prüfauftrag

Dem Gemeinderat wird folgender Prüfauftrag erteilt:

1. Es sei zu prüfen, wie die heutige, überwiegend objektspezifische Finanzierung von Sportanlagen (z.B. Defizitübernahmen und objektspezifische Beiträge) unter Berücksichtigung bestehender Förderinstrumente und Budgetmittel schrittweise ergänzt oder teilweise ersetzt werden kann durch Subjektsubventionen, bei denen finanzielle Mittel gezielt den Vereinen, Organisationen und Nutzergruppen folgen (z.B. pro Mitglied, pro Trainingsstunde, pro Angebot für Kinder und Jugendliche).
2. Es sei zu prüfen, wie künftig eine ganzheitliche Beurteilung von Sportprojekten und Sportanlagen sichergestellt werden kann, welche neben Investitions- und Betriebskosten auch Bedarfsanalysen sowie gesundheitliche, soziale und integrationspolitische Wirkungen (Social Return on Investment) systematisch berücksichtigt.
3. Es sei zu prüfen, welche Modelle der Zusammenarbeit mit privaten und gemeinnützigen Partnern (Public-Private-Partnerships, PPP) im Bereich Sportanlagen für die Stadt Bern geeignet sind, und welche Grundsätze (Rollenverteilung, Risikoaufteilung, Gemeinwohlbindung, Tarif- und Zugangsregelungen) für solche Partnerschaften gelten sollen.

Der Bericht soll mögliche Handlungsoptionen, Chancen und Risiken sowie allfällige Anpassungen der heutigen Praxis aufzeigen

### Begründung

Die Stadt Bern investiert erhebliche Mittel in Bau, Unterhalt und Betrieb von Sportanlagen sowie in die Unterstützung von Vereinen und Sportanbietenden. Angesichts wachsender Nachfrage, knapper finanzieller und räumlicher Ressourcen

sowie neuer Angebotsformen stellt sich zunehmend die Frage, wie die vorhandenen Mittel möglichst wirkungsorientiert eingesetzt werden können. Heute stehen häufig einzelne Anlagen und deren Defizite im Vordergrund der Diskussion. Eine stärkere Ausrichtung auf **Subjektsubventionen** würde den Fokus vermehrt auf die tatsächliche Nutzung und auf die Vereine und Organisationen legen, welche mit ihrem Engagement Sportangebote für die Bevölkerung ermöglichen, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Damit könnte die Stadt jene Akteure gezielter unterstützen, die nachweislich einen grossen Beitrag zur Bewegung, Gesundheit und Integration leisten. Zudem würde die Transparenz in Bezug auf die eingesetzten Mittel (an wen geht das Geld) das Vertrauen der Bevölkerung in die Stadt Bern steigern.

Zudem werden Sportprojekte und -anlagen bislang häufig primär nach Investitionskosten, Flächenbedarf und Betriebskosten beurteilt. Eine **ganzheitliche Betrachtung**, die neben wirtschaftlichen auch gesundheitliche und gesellschaftliche Effekte (Social Return on Investment (SROI) systematisch einbezieht, ermöglicht fundiertere Entscheide und eine bessere Priorisierung von Projekten. Internationale und nationale Beispiele zeigen, dass Sportinvestitionen erhebliche positive Wirkungen auf Gesundheit, Bildung, Integration, Freiwilligenarbeit und Standortattraktivität entfalten können.

Schliesslich eröffnen **Public-Private-Partnerships** und Kooperationen mit gemeinnützigen Trägerschaften im Bereich Sportanlagen zusätzliche Möglichkeiten, Investitionen zu tätigen, Betriebskompetenz zu bündeln und innovative Angebote zu schaffen. In der Schweiz bestehen bereits Erfahrungen mit PPP-Modellen im Infrastrukturbereich, die auch für den Sportbereich von Interesse sind. Ein klarer Rahmen der Stadt Bern für solche Partnerschaften kann Planungssicherheit schaffen, Risiken transparent machen und sicherstellen, dass Gemeinwohlziele, Zugänglichkeit und Bezahlbarkeit gewahrt bleiben.

Ein Bericht des Gemeinderats zu diesen drei Themenfeldern schafft die Grundlage, um die Sportförderung der Stadt Bern strategisch weiterzuentwickeln und vorhandene Mittel möglichst wirkungsorientiert einzusetzen.

**Dringlichkeit**

Wird für den Vorstoss Dringlichkeit verlangt?



ja  nein

Kurze Begründung:

Bern, 28.5.2026

**Mitunterzeichnende**

Sitzplatz-Nr.	Vorname / Name	Unterschrift
92	Andreas Bgli	Mitk
16	Georg Hüsler	FDP
15	Christa Perzweid	FDP
24	Nik Engstler	FDP
25	Oliver Buhl	FDP
71	Denise Häberli	SP
167	Melanie Özdemir	SP

156	Judith	Slentk	SP	
146	Luhs	Weymiller	SP	
145	Luks	Schneider	SP	